Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Blick der Arbeit", außerdem „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 28 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vorausbestellung 10 Pf.

Nr. 32 | Dresden, Dienstag den 8. Februar 1927 | 38. Jahrg.

Marx und der Kappist

Das Urteil vor der Untersuchung

SPD. Amtlich wird gemeldet: Entgegen anderslautenden Mitteilungen hat der Reichskanzler nicht erst am Montag, sondern bereits am vergangenen Sonnabendnachmittag in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner öffentlichen Erklärung während der Kabinettssitzung vom preußischen Innenminister die Personalakten des Reichsministers des Innern, v. Keudell, eingefordert. Die Verhandlungen werden nach Einsicht dieser Akten mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Es ist ferner, daß seitens der Reichsregierung eine außerhalb des Beamtenkorps stehende Persönlichkeit mit der Führung der Untersuchung beauftragt werden soll. Vielmehr beabsichtigt der Reichskanzler, die Untersuchung persönlich durchzuführen. Sobald das Ergebnis zu übersehen ist, wird es der Herr Reichskanzler den in Betracht kommenden Stellen unterbreiten.

In bezug auf die Sache selbst kann heute schon mitgeteilt werden, daß Reichsminister v. Keudell nach dem Kapp-Putsch von der preußischen Regierung allerdings zum 1. Juni 1920 zur Disposition gestellt worden ist, aber bereits im Juli des folgenden Jahres von dem preußischen Minister des Innern, vertreten durch Herrn Staatssekretär Freund, in Uebereinstimmung mit dem Herrn preußischen Finanzminister vorübergehend der Regierung in Stettin zur Leitung eines Ausschusses zur Feststellung von Kriegsschäden überwiesen und aufgefordert worden ist, seinen neuen amtlichen Wirkungskreis in Stettin sofort zu übernehmen.

Die amtliche Meldung schließt mit einer Verteidigung des Herrn v. Keudell, noch bevor die Akten eingesehen sind. Der Sinn der ganzen Untersuchung läuft doch also nicht auf eine Aufklärung, sondern auf eine Verdunkelung des Tatbestandes hinaus. Der Innenminister hat es bisher vorgezogen, auf die über seine Vergangenheit an ihn gerichteten konkreten Fragen eine Antwort nicht zu erteilen. Das bedeutet nichts andres, als daß die von uns formulierten Fragen an den Kapp-Minister unhaltbare, unwiderlegbare Unterlagen vorgelegen sind. Der augenblickliche Innenminister ist also tatsächlich am Kapp-Putsch beteiligt gewesen und hat den Reichstag noch am Sonnabend belogen, indem er verschwiegen, daß seit dem Verbot der Olympia niemals mehr Angehörige dieser Organisation auf seinen Gütern zu militärischen Uebungen untergebracht worden wären.

Der Rechtspresse ist dieser Tatbestand natürlich äußerst unbequem. Sie bemüht sich deshalb um eine Entlastungsoffensive für die schwarzblaue Koalition und ihren Innenminister und verfällt dabei zur Verteidigung auf die sonderbarsten Verdrehungen. Wenn sie zum Beispiel erklärt, daß v. Keudell im Jahre 1921 nach seiner Amtsentsetzung als Landrat ein neues Amt in Stettin angeboten worden ist, ändert aber an unsern Feststellungen nichts. Niemals hat sich die preußische Regierung niemals mit einem solchen Angebot an v. Keudell beschäftigt; wenn es also überhaupt ergangen ist, kann das nur von einem nachgeordneten preußischen Beamten geschehen sein. Aber selbst angenommen, es ist geschehen, was beweist das für die Glaubwürdigkeit des Herrn v. Keudell? In dem Angebot ist das Gegenteil eine Strafversetzung zu sehen; denn der bisher selbständige Landrat sollte v. Keudell nicht in eine niedrigere Gehaltsklasse eingruppiert, sondern auch unter Aufsicht gestellt werden. Aber wirklich ist dieses Angebot — wenn es überhaupt gemacht worden — niemals an v. Keudell gemacht worden seiner Person wegen, sondern aus rein finanziellen Gründen. Auch heute noch besteht u. W. in Preußen die Anordnung, daß zur Disposition gestellte Beamte aus Sparsamkeitsgründen nach Möglichkeit zweckmäßig wieder verwendet werden sollen. Nichts andres dürfte das Angebot an v. Keudell bezweckt worden sein.

In jedem andern Lande wäre ein Mann wie v. Keudell sofort von der Bildfläche verschwunden. Nur in Deutschland braucht man zur Bestätigung einwandfrei festgestellter Tatsachen noch eine große Untersuchung — aber sitzt der Kappist in amtlichen Würden als Hüter der Reichsverfassung im Ministerium des Innern!

•

Amtlich verlautet: Im Berliner Tageblatt ist behauptet worden, Dr. v. Keudell habe im Jahre 1923 unmittelbar nach dem Hitler-Putsch sich bei dem Obersten Gudovius für den Buchrucker verwendet. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Reichsminister Dr. v. Keudell hat den Obersten einige Tage nach dem Putsch lediglich zu dem Zwecke aufgesucht, um ihm dafür zu danken, daß er durch seine Haltung gegenüber dem Putschversuch von seinem Heimatkreise Küstrin, d. h. Neumark, in dem Küstrin liegt, schwere Unruhen fernhielt habe. Zugunsten des Majors Buchrucker ist v. Keudell bei dieser noch bei andrer Gelegenheit eingetreten, nämlich bei dem Küstriner Putsch stets auf das schärfste verurteilt.

Sprengung der Völkischen

D. Berlin, 8. Februar. (Eig. Funkspruch.) Eben ist der Abgeordnete Kube wegen „Ehrensachen" aus der Völkischen Freiheitspartei" ausgeschlossen worden. In Verfolg dieses Ausschlusses sind nunmehr auch die Abgeordneten Graf Westarp u. v. Namin und Stöhr aus der Reichstagsfraktion der Völkischen Freiheitspartei ausgeschieden. Die Fraktion gilt damit als gesprengt und geht damit ihres Rechtes einer Fraktion im Reichstag verlustig.

Aus Kemals Reich

Von Hermann Wendel

Mit einer finsteren Entschlossenheit, die nicht nur für orientalische Verhältnisse erstaunlich ist, hat Kemal-Pascha in seinem Reich alles ausgerottet, was an die alte Türkei auch nur von fern erinnerte. Niemals galt es für möglich, daß die religiösen Grundlagen, die das öffentliche Leben jedes islamischen Volkes hat, so über Nacht zerstört werden könnten, wie es in Angora geschah; altehrwürdige Einrichtungen, Sultanat, Kalifat, Scheriat — gleich Papierschiffchen verschwanden sie in dem rasenden Strudel entfesselten Reformdranges. Darüber hinaus hat auch niemals zuvor, weder im Morgenland noch im Abendland, ein Despot so selbstherrlich und rücksichtslos in das privateste Dasein seiner Untertanen eingegriffen wie der „Ghazi". Den Männern hat er den Fes vom Kopf geschlagen und sie Fußball spielen geheißen, den Frauen den Schleier vom Gesicht gerissen und sie zum Foxtrott und Onestep gezwungen; so in einem Lande, in dem die Schönheit des zarteren Geschlechts nach dem Gewicht geschätzt zu werden pflegt, hat er sich vermessen, die schlanke Linie des Westens durchzusetzen, und selbst den Deckel vom Kochtopf hebt er, da die überlieferten altürkischen Gerichte dem Speisezettel von Paris und London weichen sollen — also heischt es der Wille des Gebieters. Durch den Machtspruch eines einzelnen scheint in wenigen Jahren die Türkei so verwandelt, daß es fast wie ein Mummenschanz anmutet. Durch den Machtspruch eines einzelnen — Abfuhr, ihr Herren Marxisten! Hier bestätigt sich endlich einmal Treitschkes Satz, daß Männer die Geschichte machen — wird endlich einmal an einem durchschlagenden Beispiel der historische Materialismus zuschanden!

Aber gemach! Wenn Kemals Reformen einen Leitgedanken hatten, so den, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes zu sichern, da in die ureigensten Angelegenheiten der Sultanstürkei immer wieder die Mächte Nase und Finger gesteckt hatten. So mußte auch auf ökonomischem Felde der Abbau des Alten durch Aufbau des Neuen glücklich ergänzt werden. In der Tat soll das Kabinett Ismet-Pascha ein ausgedehntes wirtschaftliches Programm in der Tasche haben, das sich auf den Bau von Bahnen, Straßen und Häfen, auf die Eröffnung einer Freizone im Hafen von Konstantinopel und auf die Errichtung von Fabriken aller Art erstreckt, und wirklich ist jüngst je eine Zuckerfabrik in dem thrazischen Alpollu und dem anatolischen Uschak entstanden, aber nicht durch private Initiative, sondern wie im Abendland im Zeitalter des Merkantilismus als Staatsgründung auf Kosten der Steuerzahler. Kein Wunder, daß solche Wirtschaftspolitik das Budget, gestern rund 100, heute fast 200 Millionen türkische Pfund, von Jahr zu Jahr anschwellen läßt und neue Einnahmequellen dringend nötig macht. Aber selbst die erschlossenen versiegen allgemach, denn trotz allem Reformzauber und allen Potemkinschen Dörfern wird die Türkei von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelt, die nicht zuletzt der aus „völkischen" Gründen erfolgten Vertreibung der gewerbefleißigen Griechen und Armenier zu danken ist. Die Zahlungsbilanz des Außenhandels war 1925 mit 31,8, 1925 mit 51,1 Millionen Pfund passiv, und 1926 soll das Ergebnis noch miserabler sein. Der Hafen von Konstantinopel liegt verödet, das einst so lebendige Smyrna ist tot, und die volkswirtschaftlich wichtige anatolische Küstenfischerei ist seit dem Auszug der Griechen eingeschlafen. Trotz der Gründung von rein türkischen Banken, wie der Banque d'Affaires und der Industrie- und Minenbank, ist auch das Geld im Lande so knapp, daß der Bankzins 15 Prozent beträgt, und der Kongreß der Handelskammern in Konstantinopel vor kurzem das Schloß vom Munde nahm und die Notwendigkeit unterstrich, zur Belebung der Wirtschaft fremdes Kapital heranzuziehen.

Fremdes Kapital — für die kemalgläubigen Türken hat der Begriff ungefähr den Beigeschmack wie für die deutschen „Völkischen" das jüdische Kapital, aber da Null mit Null multipliziert Null ergibt, ist trotz allen kraftstoffeligen Redensarten, daß die Türkei aus sich heraus alles schaffen werde, die Finanzhilfe des Auslandes unvermeidlich. In der Flugzeugfabrik zu Cäsarea hecken deutsche Mark, in der Streichholzfabrik zu Sinope belgische Franken Junge, und das Alkoholmonopol, dessen Erträgnisse der „Ghazi" sehr im Widerspruch zu den Regeln des Korans höchstpersönlich steigern hilft, ist ganz in der Hand eines polnischen Syndikats. Aber wenn auf

Die Ostbefestigungen

Veröffentlichung der Pariser Vereinbarungen

Berlin, 7. Februar. Die Vereinbarung vom 31. Januar 1927 zwischen dem Bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung, Generalleutnant v. Pawelß, und dem Interalliierten Militärausschuß von Versailles über das System der befestigten Werke der deutschen Ost- und Südgrenze hat folgenden Inhalt:

Unbeschadet der der Küstenzone durch den Artikel 196 auferlegten Beschränkungen wird das System der befestigten Werke der deutschen Ost- und Südgrenze so aufrechterhalten, wie es 1920 von der Interalliierten Militärkontrollkommission aufgenommen worden ist. Im Wege des Vergleichs erklären sich die alliierten Regierungen damit einverstanden, daß von den seit 1920 gebauten Unterständen 54 erhalten bleiben, nämlich: bei Glogau auf dem linken Ufer der Oder 8 Unterstände, bei Lötzen 15 Unterstände, bei Königsberg 31 Unterstände. Alle übrigen seit 1920 errichteten Unterstände, nämlich bei Glogau auf dem rechten Oderufer 7, bei Küstrin auf dem rechten Oderufer 5, bei Königsberg 22 Unterstände, werden innerhalb von vier Monaten, vom 15. Februar an gerechnet, zerstört. Von den 22 zu zerstörenden Unterständen bei Königsberg werden 17 durch die deutsche Regierung bezeichnet werden; 5 werden durch die alliierten Regierungen ausgewählt werden, sobald die der deutschen Regierung überlassene Bezeichnung der 17 Unterstände mitgeteilt ist.

Deutschland gibt die Versicherung, daß in dem in Absatz 1 bezeichneten Gebiet keine andern befestigten Werke oder Unterstände vorhanden sind als diejenigen, die der Interalliierten Militärkontrollkommission mitgeteilt worden sind.

Eine Anlage bezeichnet die Linie der befestigten Plätze und Anlagen. Sie geht von Königsberg nach Sensburg, Marienburg, Küstrin; der Lauf der Oder von Küstrin bis Brieg; die Eisenbahn Brieg — Neiße — Kamenz — Glatz — Waldenburg — Görlitz — Bautzen — Pirna — Königstein; eine Linie von Königstein nach Hof; die Eisenbahn Hof—Neustadt—Regensburg; der Lauf der Donau von Regensburg bis Donaueschingen; die Eisenbahn Donaueschingen nach Neustadt, wo die Linie die entmilitarisierte rheinische Zone erreicht.

Amtliches thüringisches Wahlergebnis

Vom thüringischen Landeswahlausschuß sind jetzt die Stimmergebnisse der Landtagsneuwahlen amtlich festgestellt worden.

Danach haben in Thüringen von 1 035 859 Stimmberechtigten 803 297 Wähler gültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug also 77,5 v. H.

Es entfielen

auf die Einheitsliste der Reichsparteien und des Zentrums an Stimmen 270 568,

auf die sozialdemokratische Liste 254 042,
auf die Kommunisten 113 295,
die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 3732,
die Nationalsozialisten 27 946,
die Deutschvölkische Freiheitspartei 9115,
die Deutsche Demokratische Partei 26 832,
die Wirtschaftspartei 75 600,
die Sparer- und Aufwertungspartei 29 077.

Da bei einem Verteilungsfaktor von 15 000 Stimmen für einen Abgeordnetensitz nur 52 Abgeordnete in den neuen Landtag einziehen würden, mußte nach der neuen Vorschrift der Verfassung ein andrer Verteilungsfaktor — für 56 Landtagsmitglieder — ermittelt werden. Es wird nunmehr auf 13 844 Stimmen je ein Abgeordneter entfallen. Diese Verteilung der Mandate erfolgt am Mittwoch.

USA. auf der Weltwirtschafts-Konferenz

P. Paris, 8. Februar (Eig. Funkspruch). Aus Washington wird gemeldet, daß in politischen Kreisen der Eindruck vorherrsche, daß der Kongreß seine Zustimmung zu einem Vorschlag des Präsidenten Coolidge geben wird, nach welchem die Vereinigten Staaten an der Internationalen Wirtschaftskonferenz teilnehmen, die am 4. Mai in Genf zusammentritt. Die Vereinigten Staaten werden durch Anthony Gilbert, Mitglied der Ackerbaukommission, und Page, früheren Präsidenten der Zollkommission, vertreten werden. Diese beiden Delegierten seien ausgewählt worden, weil das Problem der Zolltarife eines der wichtigsten sei, das in Genf angeschnitten werde.

Die blutige Militärrebellion in Portugal

P. Paris, 7. Februar. (Eig. Drahtb.) In Oporto dauern die Kämpfe nach den hier vorliegenden Meldungen zwischen der aufständischen Garnison und den Regierungstruppen an. Sie sollen am Montag ungewöhnliche Heftigkeit angenommen und auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gefordert haben. Die Regierungstruppen haben angeblich die Stadthalle, in der sich die Aufständischen verschanzt haben, mit schärfstem Artilleriefeuer belegt, das schweren Schaden angerichtet hat. Das Stadttheater, mehrere große Hotels sowie zahlreiche Privathäuser, ebenso die Kasernen der aufständischen Truppenteile sollen völlig zerstört worden sein. Auch unter der Zivilbevölkerung — so heißt es — hat die Beschießung zahlreiche Opfer verursacht.

P. Paris, 8. Februar. (Eig. Funkspruch.) Die in den Pariser Morgenblättern vorliegenden Nachrichten aus Lissabon widersprechen sich. Nach den offiziellen Nachrichten der dortigen portugiesischen Gesandtschaft sollen sich die Revolten in Oporto gestern abend bedingungslos ergeben haben. Andern Nachrichten zufolge habe man das Bombardement auf Oporto mit erneuten Kräften wieder aufgenommen. Sicher ist nur, daß diese Stadt, die über 200 000 Einwohner zählt, unter der Beschießung außerordentlich schwer gelitten hat. Gerüchten Nachrichten zufolge sollen schon vor der Wiederaufnahme der Beschießung die Verluste unter der Zivilbevölkerung 4 Tote und 200 Verwundete betragen haben. Zahlreiche Matrosen sollen ebenfalls offen für die Rebellen Partei ergriffen und plündernd die Straßen von Lissabon durchzogen haben. In Lissabon sind sämtliche öffentlichen Gebäude und alle wichtigen Machtpositionen geschlossen. Die Regierung hat 150 Journalisten und Politiker, die ihr als verdächtig erschienen, verhaftet lassen. Sie sind nach einem Fort in der Umgebung von Lissabon gebracht worden, da die Bemannung der Kriegsschiffe, auf die sie zuerst gebracht werden sollten, sich weigerte, sie zu empfangen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19270208/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG